

Wehrdienst Fragebogen  
– Was tun? S. 16  
DFG – VK Köln

Kollektiv den Krieg  
verraten! S. 5  
Rheinmetall entwaffnen

Kongress 11.-12. April  
Kriegsdienst verweigern  
S. 11

# SCHUL STREIK GEGEN WEHRPFLICHT

Flugschrift Kölner Initiativen zum  
Schulstreik gegen Wehrpflicht

**05.03**

**„WIR WERDEN ZEIGEN, DASS DIE JUGEND KEINE  
FRAGEBÖGEN, KEINE WEHRPFLICHT, KEINEN  
KRIEG WILL!“**

<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com>

Am 5. März 2026 werden junge Menschen in ganz Deutschland erneut auf die Straße gehen, um gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft zu protestieren. Dieser Schulstreik ist weit mehr als eine symbolische Aktion – er ist Ausdruck eines Widerstands gegen ein System, das junge Menschen als verfügbares „Kriegsgerät“ betrachtet und ihre Freiheit durch Zwangsdienste massiv einschränken möchte.

In dieser kleinen Zeitung haben verschiedene linke und antimilitaristische Gruppen aus Köln und darüber hinaus Beiträge zusammengetragen, die zeigen, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht nicht isoliert, sondern als ein Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Problems zu betrachten ist.

Während hundert Milliarden Euro in Aufrüstung und Militär fließen, werden soziale Einrichtungen, Bildung, Kultur und Gesundheitswesen systematisch kaputtgespart. Die Militarisierung wird damit zum Motor sozialer Ungleichheit, denn sie trifft besonders Jugendliche aus prekären Verhältnissen, die im Wehrdienst oft die einzige verbliebene Perspektive für einen vermeintlichen „sozialen Aufstieg“ noch sehen.

Doch es geht um mehr als ökonomische Folgen. Die Militarisierung durchdringt bereits kulturelle und politische Bereiche, formt gesellschaftliche Werte und prägt Geschlechterrollen. Der feministische Beitrag „Gegen jeden Krieg“ macht deutlich: „Der Krieg nach außen ist immer auch ein Krieg nach innen.“



Er fordert und fördert soziale Gewalt, Zerstörung, Ausgrenzung, Rassismus, Sexismus und vieles mehr.“ Krieg und Militarismus sind eng verbunden mit patriarchalen Strukturen, die FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, Inter, nicht-binäre, trans und agender) in ihrer Selbstbestimmung einschränken und Gewalt verstärken.

Der Schulstreik am 5. März ist eine klare Botschaft: Die Jugend will keine Pflichtfragebögen ausfüllen, keinen Dienst an der Waffe leisten und vor allem keinen Krieg.

Er steht in der Tradition einer langen antimilitaristischen Bewegung, die für Frieden, Freiheit und soziale Gleichheit kämpft. Wie es im Beitrag von „Rheinmetall Entwaffnen“ heißt: „Egal, wie sehr die Herrschenden es wollen: Ohne Soldat:innen kann kein Krieg geführt werden.“ Diese Wahrheit macht die Verweigerung des Wehrdienstes zur wichtigsten Waffe gegen Militarismus.

Lasst uns gemeinsam am 5. März auf die Straße gehen und laut sagen: Nein zur Wehrpflicht!

## **Ein paar Gedanken zum nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 5. März!**

Liebe Schulstreikende, wir sind Simon David Dressler und Ole Nymoen und wir sind im vergangenen Jahr durch alle möglichen Talkshows getingelt, um gegen die Kriegstüchtigkeit zu agitieren. Manche Diskussionen liefen gut, andere so mittel. Und deshalb wollen wir euch ein paar Tipps mitgeben für den nächsten Streik am 5. März.

Erstens: **ihr müsst nicht konstruktiv sein.** Die Regierung hat klargestellt, wenn sie will, dann wird sie euch rekrutieren, ob ihr wollt oder nicht.

Wenn wir in den Verteidigungsfall geraten, dann reden wir nicht über eine Lotterie, dann wird hier jeder eingezogen, der hier verfügbar ist. Die Regierung sieht euch als Verfügungsmasse für einen potenziellen Krieg an.

Da müsst ihr nicht mit Vorschlägen um die Ecke kommen, wie man es denn anders machen könnte. Ihr dürft auf eurem Interesse beharren, nicht für Deutschland sterben zu wollen, ohne gleich ein Alternativangebot zu haben, wie der Kanzler Deutschland stattdessen nach vorne bringen kann. Das würde in der Regierung eh keinen interessieren.

Die sehen das offenkundig als alternativlos an, euch zum Kämpfen und Sterben zu verpflichten.

Zweitens: **der Streik** darf sich nicht nur gegen das unbequeme Mittel der Wehrpflicht wehren, sondern es **muss auch gegen den ganzen Zweck der Veranstaltung gehen. Und der heißt Kriegstüchtigkeit.**

Merz und Pistorius wollen Deutschland zur Führungsmacht Europas machen, um eigene Ansprüche global durchsetzen zu können. Darum geht es in Wahrheit und nicht ernsthaft um die Angst, Putin könnte demnächst Frankfurt oder erobern.

Und drittens müsst ihr realistisch sein. Diese Streiks werden die Wehrpflicht nicht verhindern. Stattdessen geht es darum, dass ihr euch gegenseitig darüber informiert, was der Staat in Wahrheit mit euch vorhat, der doch angeblich nur aufrüstet, um euch zu schützen. Und es geht darum, dass die Regierung euch nicht mehr nur belächelt.

Im Dezember hat Pistorius im Bundestag gesagt, wie toll er es findet, dass ihr demonstriert, nur um direkt danach die Wehrpflicht zu beschließen. Schauen wir doch mal, ob die Regierenden das dann immer noch so toll finden, wenn ihr euch tatsächlich gegen die Kriegstüchtigkeit aussprecht und nicht nur gegen das unbequeme Mittel der Wehrpflicht.

Transkribiert von:

[www.instagram.com/thesimondavid/](https://www.instagram.com/thesimondavid/)  
& [www.instagram.com/ole.nymoen/](https://www.instagram.com/ole.nymoen/)

Editorial (Subversive Theorie) – S. 1

Dokumentiert: **Gedanken zum Schulstreik** (Simon David Dressler / Ole Nymoen) – S. 2

**Warum der Staat die Wehrpflicht will und Soziales kürzt** (Linksjugend [‘solid] Köln) – S. 3

**Kurze Geschichte des Antimilitarismus** (Subversive Theorie) – S. 4

**Gesellschaft und / oder Staat** (Paula Keller) – S. 4

**Kollektiv den Krieg verraten – Die Wehrpflicht sabotieren!** (Rheinmetall Entwaffnen) – S. 5-6

Strategien und Bewegungen zur Verweigerung von Wehrdienst und Militarisierung

**Streiken über Grenzen hinweg gegen jeden Krieg!** (Interventionistische Linke Köln) – S. 6

**Interview mit Albrecht Kieser von der Initiative Aufruf 70+** – S. 7-8

Reflexionen über Militarisierung, Geschichte und den Widerstand heute.

**Leseempfehlung: Im Stadtteil gegen den Krieg** (Kalk Solidarisch) – S. 8

**Krieg gegen das Leben: Antimilitarismus und Klimagerechtigkeit gehören zusammen** (Offenes antikapitalistisches Klimatreffen München) – S. 9

„Wehrpflicht, Militarisierung und Krieg“ - (Scully) – S. 9

Wie passt das zu Klimakollaps und Solidarität von unten (oder eben nicht)

**Gegen jeden Krieg** (Feministische Friedenskampagne) – S. 10-11

Zusammenhang von Krieg, patriarchaler Gewalt und FLINTA-Perspektiven

**Im Krieg gibt es keinen Respawn** (Anonymus) – S. 11

**Einladung Kongress: „Kriegsdienst verweigern“ 11-12. April Kassel** (diverse) – S.11

**Krieg & extreme Rechte** (Jugendantifa 51103) – S. 12

**Krieg, Flucht und das Grenzregime** (Grundrechtekomitee) – S. 13

**Was ist anarchistischer Antimilitarismus** (Freie ArbeiterInnen Union Köln) – S. 13

**Rede von Zey von Palestinians and Jews for Peace** (Palestinians & Jews for Peace) – S. 14

Dialog und Empathie als Ansatz gegen Polarisierung im Nahostkonflikt

**Schulstreik, Debatte, Repression?** (Schulstreik gegen Wehrpflicht Köln) – S. 15

**Nein zur Kriegswirtschaft!** (IG Metall Vertrauenskörper der Ford-Werke in Köln) – S. 15

**Wehrdienst Fragebogen – Was tun?** (DFG-VK Köln) – S. 16

Tipps zum Umgang mit dem Wehrdienstfragebogen und Beratungsmöglichkeiten

V. I. S. D. P. ARTHUR WINKELBACH, KAPELLENSTRASSE 9A, 51103 KÖLN





## Warum der Staat die Wehrpflicht will und Soziales kürzt

Von LINKSJUGEND [solid]

Am **5. Dezember 2025** demonstrierten rund **1.300 Schüler** in Köln gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Militarisierung von Schulen.

Heute gehen deutschlandweit unzählige junge Menschen auf die Straßen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Das sind keine Einzelmeinungen. 63% der Jugendlichen lehnen die Wehrpflicht ab – aber unsere Stimmen werden, wie wir es gewohnt sind, ignoriert.

Gegen die Wehrpflicht zu sein hat viele gute Gründe. Sie ist ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit. Aber, wenn wir verstehen wollen, warum die Regierung mehr und mehr Schritte für die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht, müssen wir diese als einen Teil einer Politik der Militarisierung verstehen, die wir überall finden. Milliarden werden in Aufrüstung und neues Kriegsgerät investiert. Straßen sollen so ausgebaut werden, dass Panzer schneller von A nach B kommen können. Die Bundeswehr soll an Schulen und Hochschulen ein Weltbild vermitteln, das aus Nationalinteressen und Freund-Feind-Denken besteht. Die Logik des Militarismus ist die Logik von Stärke, Gewalt und Nation.

Militarisierung wirkt nicht nur nach außen, sondern nach auch nach innen. Dabei spielt die Wehrpflicht eine entscheidende Rolle. Junge Menschen werden in Kasernen - weg von ihrer Familie, ihren Freund:innen und ihrem gesamten Umfeld - zu Gehorsam, Patriotismus, Opferbereitschaft und Ordnung erzogen. Die Wehrpflicht soll nicht nur mit mehr Soldat:innen Kriegstüchtigkeit schaffen, sondern auch unsere Köpfe kriegstüchtig machen.

Anhänger von Wehrpflicht und Aufrüstung sagen hingegen, dass die Wehrpflicht vielleicht unangenehm, aber notwendig ist. Es wird dabei gesagt, dass „Wir“ unsere Demokratie verteidigen müssen und dass diese Verteidigung Opfer benötigt.

Aber wer ist dieses „Wir“? Sind Friedrich Merz und du das „Wir“? Sind Friedrich Merz und 95% der Bevölkerung das „Wir“? Nein! Dieses „Wir“ sind in Wirklichkeit die Interessen des deutschen Staates. Denn die globale Ordnung der Staaten ist im Wanken. Die USA verlieren mehr und mehr ihre Vorherrschaft über die Welt. China steigt wirtschaftlich und militärisch auf. Russland versucht mit dem brutalen Krieg gegen die Ukraine seine Macht auszuweiten. Auch in anderen Teilen der Welt häufen sich Kriege und Konflikte. In dieser Lage will auch der deutsche Staat näher an die Spitze der Hierarchie der Staaten gelangen. Der Bundeskanzler Friedrich Merz fordert, dass die deutsche Bundeswehr die stärkste reguläre Armee Europas werden soll. Diese Machtpolitik zeigt sich nicht nur in Kriegen, sondern auch in militärischer Sicherung von Handelswegen und ausbeuterischen Handelsverträgen mit ärmeren Staaten. Doch geht es uns besser, wenn der deutsche Staat brutal seine Interessen durchsetzt? Nein, denn unsere Welt wird konfliktreicher und im Ernstfall sind wir es, die in Kriege geschickt werden, während Rüstungsunternehmen Rekordprofite machen.

In diesem Ringen um Macht und Einfluss dürfen wir niemals vergessen, für wen unsere Regierungen Politik machen. Wenn Friedrich Merz sagt, dass wir mehr arbeiten müssen und dass wir kein Geld für Soziales haben, macht er Politik für Kapitalist:innen. Schritt für Schritt werden demokratische und soziale Errungenschaften abgebaut, um mehr Profite für Unternehmen zu ermöglichen. Es wird massiv investiert, aber nicht in Schulen, Sozialleistungen, Kultur, Gesundheit und Klimaschutz, sondern in Panzer und Kampffjets. Und gerade die finanziell Schwächsten in unserer Gesellschaft sollen in das Militär gedrängt werden. Es bildet sich also ein enges Zusammenspiel von staatlichen Interessen und Interessen von Kapitalist:innen.

In unserem gesellschaftlichen System, dem Kapitalismus, sind die Interessen von Staat und Kapitalist:innen zwar nicht immer die gleichen, aber beide sind voneinander abhängig und die Logik von Profitwirtschaft und Konkurrenz durchzieht beide.

Wir wollen eine friedliche Welt, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht Profitinteressen. Wer militärisch Frieden erreichen will, wird Krieg und nicht Frieden schaffen. Wer Wohlstand mit Kürzungen und schlechten Arbeitsbedingungen schaffen will, schafft Wohlstand für eine Minderheit und nicht die Mehrheit. Aufrüstung, Wehrpflicht und Sozialabbau sind Teil der gleichen Politik.

### Was ist die Alternative?

Die Alternative ist eine Politik, bei der die Mehrheit der Bevölkerung, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Wohlstand überhaupt erzeugt, selbst darüber bestimmt, was wie produziert wird, anstatt dies von Herrschafts- und Profitinteressen abhängig zu machen. Dafür muss Demokratie mehr bedeuten, als sie es heute tut. Denn Politik für die Mehrheit ist nur möglich, wenn sie von der Mehrheit in einem Zusammenspiel von Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen von unten gemacht wird. Wir wollen Demokratie verteidigen und ausweiten. Aber nicht mit, sondern gegen Merz und seine Politik.

Fragen der Wirtschaft und auch der Sicherheit sind wichtig. Aber nur wenn wir aufhören einem fiktiven „Wir“ zu folgen, das nur im Interesse der Kapitalist:innen und des deutschen Staates ist, können wir Wege zu Alternativen finden. Diese Aufgabe ist groß, aber notwendig, wenn wir eine Welt in Frieden, Freiheit und Wohlstand wollen. Lasst uns eine Vision gemeinsam entwickeln!

Werdet also aktiv und vor allem: **Sagt nein zu Wehrpflicht und Aufrüstung!**



Proteste gegen die atomare Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den 1950er/60er Jahren waren eine breite außerparlamentarische Bewegung.

## Eine kurze Geschichte des Antimilitarismus

von *Subversive Theorie*

Genauso alt wie Armeen sind, ist auch der Widerstand gegen sie. Antimilitarismus bedeutet, sich gegen Krieg, militärische Gewalt und oft auch gegen Kriegsdienste wie die Wehrpflicht zu stellen. Schon in der Antike gab es Kritik am Krieg. Viele der ersten Christ:innen verweigerten den Militärdienst, weil sie das Töten ablehnten.

Im 19. Jahrhundert wurde Antimilitarismus zur politischen Bewegung. Arbeiterbewegungen, Sozialist:innen und Anarchist:innen sahen im Militär ein Werkzeug der Mächtigen. Kriege würden nicht im Interesse der Bevölkerung geführt, sondern für Reiche, Könige und Konzerne. Berühmt ist der Satz des französischen Sozialisten Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

**„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“**

Jean Jaurès, 31. Juli 1914 ermordet.

Gewerkschaften und linke Parteien riefen dazu auf, sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen. Besonders die Rekrutierung junger Arbeiter wurde kritisiert: Sie sollten für Staaten kämpfen, die ihnen selbst kaum Rechte gewährten.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, zerbrachen viele antimilitaristische Hoffnungen. Millionen junger Männer wurden eingezogen. Kriegsgegner:innen wie Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht protestierten offen – und landeten dafür zuerst im Gefängnis und wurden später von Rechten ermordet.

Der Zweite Weltkrieg machte den Widerstand gegen Krieg lebensgefährlich. Trotzdem verweigerten Menschen den Militärdienst – aus religiösen, moralischen oder politischen Gründen. In Nazi-Deutschland wurden Kriegsdienstverweigerer hingerichtet oder in Konzentrationslager gesteckt. In den 1950er- bis 1980er-Jahren prägte der Kalte Krieg die Welt. Atomwaffen machten deutlich: Ein neuer Krieg könnte das Ende der Menschheit bedeuten.

In den USA protestierten junge Menschen massiv gegen den Vietnamkrieg. Viele verweigerten den Wehrdienst, verbrannten ihre Einberufungsbescheide oder flohen ins Ausland.

Der Boxweltmeister Muhammad Ali wurde wegen seiner Kriegsdienstverweigerung zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt und verlor seine Boxlizenz. Trotz vielfältiger staatlicher Repression in vielen Ländern gegen Antimilitaristen: innen gab es überall ähnliche Anti-Wehrpflicht Proteste.

### Antimilitarismus heute – und morgen

Antimilitarismus ist keine einheitliche Bewegung. Manche fordern die Abschaffung aller Armeen, andere „nur“ das Ende von Zwangsdiensten. Gemeinsam ist ihnen die Überzeugung: Krieg ist kein Naturgesetz.

Die Geschichte zeigt: Widerstand gegen Militarismus hat oft klein begonnen – mit Einzelnen, die „Nein“ gesagt haben.

## Gesellschaft und / oder Staat

von *Paula Keller*

Du wirst gefragt, ob du zum Soldaten ausgebildet werden möchtest. Du musst dich entscheiden. Deine Gedanken, deine Gefühle kreisen um Fragen von Vorteilen und Nachteilen.

Woher aber kommen deine Gedanken und Gefühle? Es sind Informationen, mit denen du gefüttert, erzogen wirst. Jede Information verfolgt einen Zweck. Du lebst in einer Gesellschaft. Du lebst in einem Staat. In beiden sollst du leben können, ohne anzuecken. Diesen Zweck verfolgen die Informationen. Als Soldat dienst du — ja wem? Dienst du der Gesellschaft oder dem Staat? Was ist aber eine Gesellschaft? Was ist ein Staat? Das musst du wissen, bevor du dich entscheidest!

Wenn Menschen zusammenleben entsteht eine Ordnung. Das nennt man Gesellschaft. Sie wird durch Regeln und Werte, durch Moral zusammengehalten. Zum Beispiel: Niemand ist besser, mächtiger, wichtiger als die Anderen. Ich Sorge für mich genauso wie für alle anderen. Wir sind solidarisch. Das sind Grundideen für eine menschlich funktionierende Gesellschaft.

Der Staat ist eine Einrichtung, organisiert von einer Minderheit von Mächtigen zur Kontrolle und zum „Gebrauch“ der Mehrheit. Ein Staat braucht dafür organisierte Gewalt.

Du kommst auf die Erde und bist Staatsbürger. Wolltest du das? Du wirst registriert, damit der Staat weiß, wo du bist. Du musst in die Schule gehen, damit du bestimmte Informationen erhältst. Du musst dem Staat einen Teil deines Einkommens geben. Du sollst zur Bundeswehr gehen, Soldat werden. Du hast eine Meinung, die dem Staat nicht gefällt. Du wirst verprügelt. Du wirst eingesperrt. Du wirst aus der Wohnung geschmissen. Dein Konto wird gesperrt. Das alles ist staatliche Gewalt. Dem Staat geht es nicht um Menschenrechte.

Ein Staat hat Interessen. Angela Merkel, ehemalige Kanzlerin hat das deutlich ausgesprochen:

„Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verteidigung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

## Fortsetzung Seite 4

Deshalb hat der Staat ein Militär, eine Armee und braucht zur Durchsetzung seiner Interessen junge Menschen als Soldaten.

Eine Gesellschaft hat kein Militär. Damit ist die Frage, wem dienst du als Soldat, klar beantwortet. Wird deine Entscheidung damit leichter? Sie bleibt schwierig, weil z.B. Parteien versuchen, Gesellschaft mit dem Staat, den Staat mit der Gesellschaft zu durchdringen, zu vermischen, bis die Gesellschaft dem Staat gehört.

Die Kunst der Politik besteht darin, Dich zu überzeugen, dass der Staat **dein** Staat ist, und dass du auch deshalb ihm dienen willst. Damit dienst du den Interessen des Staates und nicht denen der Gesellschaft und den eigenen Interessen.

Die könntest du in einer funktionierenden Gesellschaft verwirklichen. Die aber zerfällt immer mehr: Der Aufenthalt in der digitalen Welt vereinzelt dich, Orte für gemeinsames Leben wie Vereine, Jugendzentren, Sportplätze, bezahlbares Wohnen werden immer weniger. Die Gesellschaft zerfällt. Das ist für den Staat gut und gewollt. Schon in den 1980er Jahren stellte die britische Premierministerin Margret Thatcher fest:

„There is no such thing as society.“ Sie sagt: „such thing“ und verrät damit, was sie von Gesellschaft hält. Werte wie Gleichheit, Freiheit, Solidarität, die stören staatliches Treiben!

Die Interessen von Staaten, also von wenigen Mächtigen, von Königen, Kaisern oder Milliardären sind mehr Macht und Reichtum. Diesen Interessen dienst du als Soldat.

Also, bevor du dich entscheidest: Vor Gebrauch Kopf schütteln! (Floh de Cologne) ein Nachsatz: Ich schreibe nicht von Soldaten und Soldatinnen. Für mich wäre das ebenso paradox wie von Herren und Herrinnen zu sprechen.

Noch ein Nachsatz: Ich bin keine Pazifistin. Ich würde auch mit Gewalt mich bei Gefahr verteidigen oder weglaufen („desertieren“) und Menschen helfen, die bedroht werden.



Am 27. August 2025 blockierten rund 120 Aktivisten des Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“ das **Karrierecenter der Bundeswehr** in Köln-Bayenthal mit einer Sitzblockade.

# Kollektiv den Krieg verraten – Die Wehrpflicht sabotieren!

Von Rheinmetall entwaffnen

Der deutsche Staat rüstet zum Krieg. Seit Monaten schon diskutieren Regierungskoalition und Opposition, wie man die Bevölkerung außerhalb der Parlamente und Chefetagen dazu bringen kann, kriegstüchtig zu werden. Seit dem 1. Januar 2026 erhalten alle Personen mit deutschen Pass zum 18. Geburtstag einen QR-Code für einen Online-Fragebogen und im Rahmen der Wehrdienstfassung werden schrittweise alle „geeigneten“ Personen zur Musterung vorgeladen. Ab 2028 wird die Musterung für alle mit männlichem Geschlechtseintrag verpflichtend.

Für uns ist klar, dass wir uns an dieser Ertüchtigung nicht beteiligen. Militarisierung und Kriegsvorbereitung haben eine lange Geschichte – ebenso wie der Widerstand dagegen. Weltweit schließen sich Menschen immer wieder gegen Aufrüstung, Zwangsrekrutierung und Kriegsertüchtigung und soldatische Männlichkeit zusammen. Nicht nur aus den Auseinandersetzungen von damals, sondern auch aus den Kämpfen von heute lässt sich lernen. Darauf aufbauend teilen wir hier einige Überlegungen zur antimilitaristischen Praxis der nächsten Jahre. [...]

## Anreiz und Zwang

Hoffnung gibt uns, dass viele Jugendliche, die von der Wehrpflicht betroffen sind, gemeinsam aufbegehren. Auch die umfassende Kriegshetze, inklusive umfassender Belästigung mit Werbung für den Dienst an der Waffe im öffentlichen Raum, führen Umfragen zufolge nicht zu den gewünschten Ergebnissen bei den jungen Generationen. Um sie dennoch zum Bund zu bekommen, bedient sich der Staat der anfangs erwähnten Taktik von Anreiz und Zwang. Zunächst lockt er unter anderem mit überdurchschnittlicher Vergütung – 2600 Euro beim Bund statt Gehälter weit unterhalb der Armutsgrenze im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder (staatlicher) Ausbildung, mit „attraktiven“ Ausbildungs- bzw. Studienplätzen und eine Übernahme der Führerscheinförderung.

Der Staat hat gute Gründe anzunehmen, dass dies auf fruchtbaren Boden fällt. Immerhin hat er in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles dafür getan, große Teile der Gesellschaft systematisch zu verarmen.

Während Hetze und Sanktionen gegen Erwerbslose weiter zunehmen, winken Staat und Militär mit dem vermeintlich attraktiven und freiwilligen „Jobangebot“ als Soldat:in. Immer mehr wird an sozialer Infrastruktur, Kulturförderung und generell an allem gespart, was das Leben einigermaßen erträglich machen könnte; und das auch zur Finanzierung der deutschen Kriegsmaschinerie. „Jobs“ bei der Bundeswehr sind vor allem deshalb eine „Option“, weil die unteren Klassen durch die repressive Sozialpolitik des Staates systematisch verarmen und so indirekt dazu gezwungen werden, alles zu nehmen, was die sozial- oder finanzielle Lage scheinbar verbessert.

Führt auch dies nicht zum gewünschten Erfolg, halten Pistorius & Co. bereits jetzt für alle gut sichtbar die Peitsche bereit. Auf die ersten Zwangsmaßnahmen darf man sich schon jetzt einstellen, wenn alle Jugendlichen ab Jahrgang 2008 mit männlichem Geschlechtseintrag verpflichtet werden sollen, einen Fragebogen zur Wehrtauglichkeit auszufüllen und die Musterung schrittweise beginnt.

Unverblümt in Aussicht gestellt wird dabei die Option des Zwangsdienstes gegen ihren Willen, sollten sich nicht genügend Freiwillige finden. Auch hier wiegt die Drohung der Strafzahlungen bei Verweigerung dieser Zwangsmaßnahmen bei den ärmeren, mit wenig Perspektive und viel Unsicherheit auf den Arbeitsmarkt blickenden Schüler:innen am schwersten.

## Kollektiv den Krieg verraten

Auch rechtliche Konsequenzen bei einer Totalverweigerung der Musterung sind grundsätzlich möglich. Solche Maßnahmen sind historisch in Deutschland bekannt und existieren teilweise auch im wertewestlichen Ausland (z.B. Israel).

Welche Aufgaben ergeben sich nun für eine antimilitaristische Bewegung in Anbetracht dieser Angriffe des Staates auf unsere Zukunft? Dass ein großer Teil der Jugend in der BRD keinen Dienst an der Waffe für diesen Staat leisten will, ist ein guter Ausgangspunkt.

## **Egal, wie sehr die Herrschenden es wollen: Ohne Soldat:innen kann kein Krieg geführt werden.**

Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre wird es also sein, alle, die sich dem Militär entziehen wollen, zu unterstützen und an möglichst vielen Stellen Sand ins Getriebe der Kriegsmaschinerie zu streuen.

Wir stehen solidarisch an der Seite all jener, die den legalen Weg der Verweigerung wählen und damit die Wehrerfassung in Kauf nehmen. Hier bieten DFG-VK u.a. Beratungen an. Wir stehen genauso solidarisch an der Seite all jener, die sich diesen Zumutungen komplett verweigern, die die Fragebögen zur Wehrerfassung schreddern werden und zu keinen Musterungen erscheinen.

Wir werden gemeinsam diese Totalverweigerungen selbstbewusst aufnehmen und in die Öffentlichkeit tragen. Wir werden verhängte Geldstrafen massenhaft verweigern, solidarisch tragen und Betroffenen auch bei Gefängnisstrafen wegen Totalverweigerung zur Seite zu stehen.

Gerade dort, wo die Fremdbestimmung und Individualisierung durch den deutschen Militarismus allumfassend zu sein scheint, sind Momente kollektiver Selbstbestimmung von zentraler Bedeutung.

Deshalb ist es wichtig, die Frage der Verweigerung und alle möglichen Konsequenzen nicht nur mit sich selbst auszuhandeln, sondern gemeinsam zu beantworten und kollektiv den Krieg zu verraten. Mehr denn je wird es unsere Stärke sein, sich in Strukturen zu organisieren, die der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und Militarisierung etwas entgegen-setzen können.

Auch die Kämpfe auf der Straße, wie wir als Rheinmetall Entwaffnen sie seit Jahren als Ausdruck dieser antimilitaristischen kollektiven Selbstbestimmung führen, werden nicht an Bedeutung verlieren. Überall dort, wo die Kriegs-vorbereitungen stattfinden, müssen wir uns dem entgegenstellen. Wenn die NATO für den Kriegsfall übt, werden auch wir dieses Szenario ernst nehmen und uns darauf vorbereiten, dem deutschen Imperialismus im Kriegsfall in den Rücken zu fallen. Gemeinsam werden wir jede Normalisierung von Krieg, jede öffentliche Präsenz der Bundeswehr angreifen.

Wir stehen in einer langen antimilitaristischen Tradition linker Kämpfe. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen, mit welcher Hartnäckigkeit und Kreativität die antimilitaristische Bewegung dem Wiedererstarken des (west-)deutschen Militärs begegnet ist.

Als Teil einer internationalistischen antimilitaristischen Bewegung knüpfen wir an die bis hierher gemachten Erfahrungen an.

Vom Kieler Matrosen-aufstand 1918, der uns vor Augen führte: Befehle verlieren ihre Macht, wenn wir uns ihnen kollektiv widersetzen, über den Berliner Vietnamkongress 1968 und die Unterstützung desertierender GIs bis zur Anti-Nato-Kampagne.

Wir verweigern, sabotieren und bekämpfen die Kriegsvorbereitungen und den Militarismus sowohl außer- als auch innerhalb des Militärs

Nur eine kämpfende antimilitaristische Bewegung, die klar formuliert, dass ihr Kampf der Kampf im Interesse der Vielen und gegen die Interessen der Herrschenden ist, kann dem aufstrebenden Militarismus effektiv im Wege stehen.

**Komm mit und wehr dich – wir wollen eine Zukunft!**

Rheinmetall Entwaffnen, Januar 2025



Vom 1.-6. September 2026 findet wieder das Rheinmetall entwaffnen Camp in Köln statt. Mehr Infos: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

## **Streiken über Grenzen hinweg gegen jeden Krieg!**

*Von der Interventionistischen Linken Köln*

Kompromisslose Sparpolitik, die Vergrößerung der Armeen und zunehmende Härte und Ausgrenzung sind weltweit zu beobachten. Sie sind Anzeichen dafür, dass der Krieg längst in allen Gesellschaften angekommen ist.

Gleichzeitig konnten wir in den letzten Monaten in vielen Ländern Streiks sehen, die sich gegen genau diese Entwicklungen richten. Es waren Streikwellen in Italien, die Waffenlieferungen nach Israel verhinderten. In Griechenland und Frankreich gab es Generalstreiks gegen eine harte Sparpolitik. Im Dezember und jetzt im März protestiert ihr Schüler\*innen wieder zu tausenden in Deutschland gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Was die jüngsten Proteste verbindet: Hier schließen sich Schüler\*innen, Arbeiter\*innen Studierende, Frauen, LGBTQ+ und Migrant\*innen zusammen, um gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Das zeigen auch die „Gen-Z-Proteste“ in Bulgarien, Nepal, Bangladesch und an vielen weiteren Orten auf der Welt.

Und das ist wichtig. Denn der Kampf um die stärkste Wirtschaft wird global zwischen den Mächtigen längst auch militärisch ausgetragen. Trump und Putin erweitern ihre Einflusszonen mit Invasionen.

Die EU sichert der Ukraine Kredite unter der Bedingung zu, dass die Waffen bei europäischen Rüstungsunternehmen zu kaufen seien.

Seit der US-Invasion Anfang des Jahres verfügen die USA über das Öl aus Venezuela.

Die Herrschenden wollen uns in den Krieg schicken, während sie sich selbst die Profite auszahlen.

Wir haben in alledem nichts zu gewinnen. Es bringt also nichts, sich für eines dieser Lager zu entscheiden. Stattdessen müssen wir uns über nationale Grenzen hinweg verbinden – gegen Ausbeutung und jeden Krieg. Mit den globalen Streikbewegungen sind die ersten Schritte schon gemacht. Gemeinsam machen wir den Zweiten.

**Kommt deshalb mit: Aktionstage gegen das NATO-Manöver am 24.-27.9. in Hamburg!**



Generalstreik in Italien, hier Rom, am 3.10.25 gegen den Krieg in Gaza.

# AUFRUF 70+

## Gegen Militarisierung und Kriegsdienst!



### Interview mit Albrecht Kieser von der Initiative Aufruf 70+

**Die Debatte um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht gewinnt an Zustimmung – Umfragen zeigen eine Mehrheit dafür, während jüngere Menschen skeptischer sind. Wie erklären Sie diese Entwicklung und was entgegnet Sie den Befürwortern?**

Ich denke mal, die Zustimmung wächst entsprechend der Entfernung zu dem, wozu man aufgefordert wird, nämlich das Töten zu lernen. Das ist für mich eine Erklärung.

Eine andere ist, dass die Gehirnwäsche, die immer verbunden ist, ich sage es mal so drastisch, mit der Durchsetzung von Militarisierung und Aufrüstung offensichtlich diejenigen mehr erreicht, die zugänglicher sind für die Mainstream-Medien. Bei vielen jungen Leuten kommen diese Medien nicht mehr so an. Die haben ein anderes Medienverhalten und sie sind eben auch näher dran an dem, worum es eigentlich geht, was ich gerade schon sagte.

Töten lernen, töten, in den Krieg ziehen.

**Ihr Aufruf spricht von einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft. Woran machen Sie diese konkret fest – politisch, gesellschaftlich oder kulturell?**

Das machen wir zum einen an der Sprache fest, die sich militarisiert. An der Verengung des Diskurses, der diejenigen auszuschalten versucht, die sich kritisch äußern und sie in die übliche Putin-Ecke oder in die lumpen-Pazifisten-Ecke zu stecken.

Im Grunde sind es Beleidigungen mit denen man versucht, die Debatte zu unterbinden.

Wir machen es zweitens fest an dem Umstand, dass mit riesigen Schaufelbaggern Milliarden aus dem sozialen, kulturellen, Bildungsbereich usw. über geschaufelt werden in die Aufrüstung.

Kulturell stockt die Militarisierung noch ein bisschen, nach meiner Wahrnehmung jedenfalls. Wenn du Theater, Film und Musik anschaust, löst sich das erst von den Rändern her im Sinne der Militarisierer auf. Also wenn die Toten Hosen oder hier Wolfgang Niedecken (BAP-Sänger) in Köln für die Aufrüstung trommeln, dann ist das ein Beispiel dafür.

Aber ich glaube, die Masse der Kunst- und Kulturschaffenden ist noch nicht ganz so weit, dass sie auf diesen Zug aufspringen.

**Sie gehören einer Generation an, die Krieg, Kalten Krieg oder Wiederbewaffnung miterlebt hat. Welche historischen Erfahrungen möchten Sie an junge Menschen weitergeben, die heute über Widerstand und Engagement nachdenken?**

Naja, eigentlich die Erkenntnis, dass Krieg kein Kinderspiel und keine Sandkastenveranstaltung ist.

Also bei den 180 Leuten, die mittlerweile in Köln diesen Aufruf unterschrieben haben und zu ihrer Sache machen, sind viele, die über 80, sogar über 90 sind und die in ihren persönlichen Statements hier berichten, wie sie nicht nur über Trümmer gestolpert sind und wie sich Freunde den Arm abgerissen haben, als sie Minen oder Munition gefunden haben. Die erzählen auch davon, wie sie als 5- oder 6-Jährige eine Heidenangst vor den Angriffen in den Bunkern verschwunden sind und bis heute, wenn Silvester kommt, sich quasi im Keller verkriechen. Weil das sich einbrennt, was sie da erlebt haben.

Trotzdem bleiben wir bei der Wahrheit: Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg begonnen – und am Ende ist er dorthin zurückgekehrt. Übrigens war auch das ein Krieg, der mit dem Schlachtruf „Angriff ist die beste Verteidigung“ gerechtfertigt wurde. Wir wissen deshalb, dass wir misstrauisch sein müssen, wenn dieser Schlachtruf kommt.

Und das würden wir den jungen Leuten mitteilen, sofern wir eben der unmittelbaren Kriegsgeneration noch angehören. Die anderen, du sagst es gerade, die den Kalten Krieg miterlebt haben, die Wiederaufrüstung miterlebt haben. Ich sprach vorhin schon von Gehirnwäsche und das war damals auch so.

Also die Bereitschaft der politischen Eliten, den „Gegner“, der anders denkt, zu diffamieren und als Kolonne damals der Sowjetunion oder der Russen oder wie auch immer zu diffamieren. Man sollte davor nicht den Kopf in den Sand stecken und man sollte auch halbwegs klar bei Verstand bleiben, auch wenn man doch recht böseartig in irgendeine Ecke geschoben wird.

**Sie rufen zu einer „Großen Verweigerung“ auf. Was bedeutet das konkret – und welche Formen des Widerstands halten Sie heute für realistisch und wirksam?**

Große Verweigerung ist natürlich ein großes Wort.

Eigentlich meinen wir die große Verweigerung im Kleinen. Also konkret bedeutet das, wir haben hier in Köln ein paar Stadtteilgruppen aufgebaut. Das entwickelt sich so langsam.

Wir wollen mit den Leuten im Stadtteil, mit den Nachbarn, in der Kneipe, auf der Straße sprechen. Uns reicht es nicht, jetzt eine Großdemonstration zu organisieren. Das ist okay, richtig, völlig in Ordnung.

Aber wir müssen die Leute am Arbeitsplatz, bei dem wir nicht mehr sind oder in der Familie oder in der Nachbarschaft, die müssen wir überzeugen und ermutigen, sich dem zu verweigern, was gerade abläuft. Das ist ein Wolkenkuckucksheim, na klar. Eigentlich geht es uns um die vielen kleinen Diskussionen und Aktivitäten, die jetzt nötig sind, die bringen es letztendlich.

Und wir merken auch, wenn wir auf die Leute zugehen und zum Beispiel über die Verbindung von schlechter Schule, Geld für die Kaserne diskutieren oder über Sozialabbau und Raketenaufrüstung oder über steigende Mieten und die Unfähigkeit der öffentlichen Hand, preiswerte Wohnungen zu bauen, aber ihre Fähigkeit, den Rüstungshaushalt zu verdoppeln, werden die Leute schon wach. Und in den Gesprächen erleben wir auch nicht das, was die Umfragen sagen, dass irgendwie 60 oder 70 Prozent für den Kurs der Militarisierung gerade sind. Also ich muss das ja glauben, aber ich bin skeptisch, weil wir in so vielen Gesprächen merken, dass den Leuten diese Militarisierung nicht passt und sie wissen, dass Sozialabbau, Kürzungen bei der Kultur, in der Bildung, überall eigentlich, die Folgen sind. Das Reden hilft, das ist derzeit das, was ansteht.

**Beim Aufruf sind auch einige Gewerkschafterinnen mit dabei, die den Aufruf 70 plus schon jetzt unterschrieben haben. Welche Rolle spielt eigentlich der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Debatte um Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht? Oder welche Rolle sollte er spielen?**

Also er spielt derzeit beziehungsweise die Einzelgewerkschaften keine gute Rolle, weil durch Gewerkschaftsbeschlüsse und durch Vorstandsbeschlüsse eigentlich die Militarisierung getragen wird, zwar mit dem Argument der Erhalt von Arbeitsplätzen, aber ich kann nicht jeden Arbeitsplatz nur als Arbeitsplatz gut heißen. Das war in der Debatte um die Atomindustrie genau das Gleiche.

Und auch da haben die Einzelgewerkschaften und auch der DGB gelernt und darauf hoffe ich und darauf setze ich, dass zumindest jetzt endlich die differenzierte Diskussion ohne Ausgrenzung stattfindet und diejenigen Antimilitaristen oder Pazifisten, die sich da zu Wort melden, auch wirklich eine Plattform bekommen innerhalb der Gewerkschaften.

Und in Köln finden wir großartig, dass wir uns im Gewerkschaftshaus treffen können. Das ist eine klare Ansage, dass dieser Weg freigemacht wird für eine offene Diskussion und auch für eine Veränderung möglicherweise des Kurses, der bisher eingeschlagen wurde.

**Wie kann denn eine Zusammenarbeit, also jetzt am 05.03. gehen ja die Schüler auf die Straße zum 2. Schulstreik, aber wie könnte so eine Zusammenarbeit zwischen den Generationen aussehen, um der Militarisierung entgegenzutreten?**

Wir gehen am 05. März auch mit. Wir wollen von unseren Erfahrungen erzählen. Wir wollen uns anhören, was die Leute, die unser Enkel sein könnten oder sind, empfinden und was sie denken. Und wir hoffen auch darauf, dass wir mit unseren anderen Erfahrungen, auch aus anderen Zeiten, aber vielleicht sind sie gar nicht so anders, beitragen können, um Mut zu machen. Ja, ich glaube, Mut machen ist irgendwie gegenseitig angesagt in der Situation.

**Mehr Infos unter:  
<https://koelner-friedensforum.org/koelner-aufruf-70-gegen-militarisierung-und-kriegsdienst/>**

## Im Stadtteil gegen den Krieg

Von Kalk Solidarisch

Seit zwei Jahren bauen wir in Köln-Kalk eine Stadtteilgewerkschaft auf. Inzwischen ist unsere wöchentliche solidarische Beratung ein Anlaufpunkt für Arme, Unzufriedene und Eigensinnige aus vier Kontinenten geworden. Sie alle kommen, weil sie ihre eigene Autonomie erweitern wollen: zu wenig Einkommen, schlechte und teure Wohnverhältnisse, Scheiß-Arbeit oder Ärger mit dem Ausländeramt und/oder Jobcenter – all das schränkt sie in ihrem Streben nach persönlicher Autonomie ein, und dagegen wollen sie praktisch etwas tun. Dafür kommen sie.

***Dabei müssen wir niemandem erzählen, dass das herrschende System nicht in ihrem Interesse funktioniert.***

Die Menschen, die zu uns kommen, erfahren tagtäglich selbst wie die Macht des Kapitals ihre Autonomiebedürfnisse angreift und begrenzt.

Unsere zentrale Erfahrung aus der Arbeit mit Kalk Solidarisch – aber auch aus vorangegangener politischer Arbeit – ist, dass selbst im post-nationalsozialistischen Staat die übergroße Mehrheit der Menschen Krieg und Gewalt verachtet.

Ein großer Teil der Bewohner\*innen von Köln Kalk kennt die Brutalität und Menschen-verachtung von Kriegen aus persönlichen Erfahrungen oder durch die Vergangenheit / Gegenwart der Familie. Dass viele direkt oder indirekt von Kriegen betroffen sind, prägt sie.



Krieg ist für uns einerseits vor allem deswegen so unerträglich, weil sie zu Zerstörungen, Raub, Mord und Vergewaltigungen führen.

Krieg ist für uns andererseits auch deswegen so unerträglich, weil durch Zerstörungen, Raub, Mord und Vergewaltigungen neue repressive soziale Beziehungen hergestellt werden (das gilt auch für sogenannte nationale Befreiungskriege).

Schon während den Kriegsvorbereitungen erleben wir, wie diese Kriegsvorbereitungen und die Erneuerung der kapitalistischen Macht sich gegenseitig bedingen.

In unserer Broschüre: „Im Stadtteil gegen den Krieg – Stadtteilarbeit und Antimilitarismus“ wollen wir die Gedanken und Analysen teilen, die uns helfen zu verstehen, dass Kriege ein fester Bestandteil eines Systems sind, das uns auch ohne Krieg das Leben zur Hölle macht.

Dass Krieg nie im Interesse von uns – den Unterdrückten, den Armen und den Arbeitenden – ist, sondern vielmehr das genau Gegenteil: eine Fortsetzung – oder vielmehr die Zuspitzung – einer klassenfeindlichen Politik der Herrschenden.

Und dass es notwendig ist, dass die Friedens- und Antikriegsbewegungen die autonomen Kämpfe der Armen unterstützen, um eine starke Antimilitaristische Kraft zu werden: geht in die Stadtteile! Kämpft gemeinsam mit den Armen gegen Kapitalismus und Militarisierung!

**Kalk solidarisch: „Im Stadtteil gegen den Krieg – Stadtteilarbeit und Antimilitarismus“**

**[kalksolidarisch.org/de/aktuelles/im-stadtteil-gegen-den-krieg-ist-online](https://kalksolidarisch.org/de/aktuelles/im-stadtteil-gegen-den-krieg-ist-online)**

# Krieg gegen das Leben: Antimilitarismus und Klimagerechtigkeit gehören zusammen

Von Offenen antikapitalistischen  
Klimatreffen München.  
<https://klimaguerilla.noblogs.org/>

Nachdem 2019 Millionen für Klimaschutz demonstrierten, bekamen sie statt einer lebenswerten Zukunft 2025 die Wehrpflicht. Allein die düsteren Perspektiven junger Menschen verbinden die Klimakrise und Aufrüstung.

Sie sagen uns: „Sicherheit geht vor!“. Doch wessen Sicherheit? Durch die Klimakrise sterben bereits jetzt Hunderttausende, Konflikte um knapper werdende Ressourcen häufen sich und Menschen werden vertrieben – um auf hochgerüstete Grenzen zu stoßen. Statt in sichere Fluchtrouten, Klimaschutz, gute Schulen und Krankenhäuser fließen Hunderte Milliarden in Aufrüstung. Die Konzernkassen klingeln. Bei Krieg und Klimakrise zeigt sich die Natur des Kapitalismus: Es geht um Profitmaximierung und nicht um menschliche Bedürfnisse. Es geht um wirtschaftliche Vormachtstellung und Zugang zu Ressourcen.



Das Offene Antikapitalistische Klimatreffen München vernetzt Aktivist\*innen, um Klimaschutz mit radikaler Kapitalismuskritik zu verbinden.  
Foto von [www.instagram.com/benja.against.oppression](https://www.instagram.com/benja.against.oppression)

## „Eine Stunde Eurofighter-Jet-Fliegen verbraucht so viel CO2 wie eine Durchschnittsperson in Deutschland in einem Jahr.“

Das gilt auch für den grünen Kapitalismus. Dieser behandelt die Klimakrise als *Wachstumschance*. Vermeintlich nachhaltige Technologien wie E-Autos, Wasserstoff-Energien und Digitalisierung für „Effizienz“ schaffen neue Märkte. Die dafür benötigten Ressourcen wie Wasserstoff, Lithium und seltene Erden werden unter Umweltzerstörung, gewaltvoller Besatzung (z.B. Sahara in Marokko), unter Vertreibung (z.B. Serbien) oder offener Kriegsführung (z.B. Ukraine) beschaffen.

Kriege löschen nicht nur ganze Völker aus, sie zerstören auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Abby Martins Film „Earth’s Greatest Enemy“ zeigt sehr eindrücklich, wie das US-Imperium unsere Erde durch giftige Treibstoffe, Schwermetalle in Sprengmaterial und Unmengen an Öl zugrunde richtet. Eine Stunde Eurofighter-Jet-Fliegen verbraucht so viel CO2 wie eine Durchschnittsperson in Deutschland in einem Jahr.

Wer Sicherheit für alle will, muss die internationale Konkurrenz und den Wachstumszwang beenden. Wir brauchen eine demokratische, nach Bedürfnissen organisierte Wirtschaft – für eine antimilitaristische, klimagerechte Zukunft!

## „Wehrpflicht, Militarisierung und Krieg“

Wie passt das zu Klimakollaps und Solidarität von unten (oder eben nicht)

Die Überschrift liefert eigentlich schon die Antwort – die aktuelle, völlig außer Kontrolle geratene Spirale von Militarisierung und Krieg, deren Symptom auch die Wehrpflicht ist, steht als unvereinbarer Gegenpol zu dem, was angesichts des rasant fortschreitenden Klimakollapses nötig ist.

Die Folgen des Klimakollapses werden auch bei „uns“ im reichen, globalen Norden, in den Industrienationen immer sichtbarer und auch bei uns sind immer mehr Menschen betroffen. In dieser Situation helfen nicht mehr Waffen, Soldaten und abgeriegelte Grenzen, sondern organisierte Nachbarschaften und Strukturen, die solidarisch auf das reagieren, was passiert.

Die Möglichkeiten, solche Strukturen zu schaffen, sind (beinahe) grenzenlos: Menschen, die sichere Orte zur Verfügung stellen können, Essen kochen und verteilen, die der Oma bei einer Hitzewelle Wasser in Dachgeschosswohnung bringen, Einkäufe erledigen, sich in Kinderbetreuung teilen, 1. Hilfe leisten können oder helfen, dringend benötigte Medikamente im Fall von Engpässen organisieren.

Das (und vieles mehr) ist es, was es braucht, wenn Hitzewellen und Überflutungen in Zahl und Ausmaß zunehmen. Soldaten und Waffen sind es nicht, denn Beides sorgt dafür, dass die Katastrophen immer größer werden und die Zahl der betroffenen Menschen stetig steigt. Krisenvorbereitung ist nicht dasselbe wie Kriegsvorbereitung, es ist das genaue Gegenteil davon.

Militarisierung und Krieg funktionieren nicht ohne Unmengen an Energie, so dass die Verbindung zum Klimakollaps offensichtlich ist. Krieg führt gleichzeitig zu verheerenden Zerstörungen von Lebensräumen und zu einem CO<sup>2</sup> - Ausstoß, der – im wahrsten Sinne des Wortes – alle Grenzen sprengt. Krieg ist ein Brandbeschleuniger für den Klimakollaps und die Zerstörung von Biodiversität.

Der Kampf gegen Militarisierung und Wehrpflicht ist somit einer, der Klimaaktivist:innen und Schulstreikende gemeinsam kämpfen und protestieren sieht. Auch im Protest ist es das Gebot der Stunde, dies solidarisch zu tun, uns gegenseitig zu unterstützen und dabei voneinander zu lernen.

Wenn wir gemeinsam dafür eintreten, dass mehr Schienen und Radwege, sowie Bahnen und Busse, statt Panzer, Raketen und Autobahnen produziert werden, erreichen wir damit mehr für viele, als es hochgerüstete Soldat:innen und geschlossene Grenzen für wenige tun.

Von Scully

**Mehr von ihr beim Blog für Klima, Kollaps und Bewegungen**

<https://steady.page/en/disrupt/>



## Gegen jeden Krieg von Feministische Friedenskampagne

Die Friedensstatue **Đông Mai** ist ein Mahnmal, das an das Schicksal der sogenannten „Trostfrauen“ erinnert – Frauen und Mädchen, die während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Armee zur Prostitution gezwungen wurden.

Staat, Militär, Gewalt und Aggression sind Realitäten, in denen sich Männlichkeitsideale wie Mut, Tapferkeit, Gewaltbereitschaft, Heroismus und Härte ausdrücken. Männer, die Frauen schützen wollen, vergewaltigen im Krieg und immer auch im Alltag. Männer, die moralische Werte und Territorien verteidigen, eignen sich damit Macht, Hegemonie, Handelswege, Land und Körper von FLINTA (frauen lesben intersexuelle nicht-binäre trans und agender) an. Soldaten, die militärische Sicherheit bieten, aber damit soziale Sicherheit zerstören. Der Krieg nach außen ist immer auch ein Krieg nach innen. Er fordert und fördert soziale Gewalt, Zerstörung, Ausgrenzung, Rassismus, Sexismus und vieles mehr. Er fördert ein patriarchales Selbstverständnis: spricht FLINTA Personen jegliche Selbstbestimmung ab, stellt sich gegen Abtreibung, für die patriarchale Kleinfamilie, für Recht und Ordnung und primitiven Nationalismus.

In Deutschland wurden 2023 360 Frauen ermordet, in 580 Fällen gab es den Versuch der Tötung, 98 % der Täter waren Männer. Fordern wir aufgrund dieser Daten nun also die Abschiebung aller Männer - ähnlich wie alle Parteien nach dem brutalen Messerangriff in Solingen lautstark nach Abschiebung lautstark riefen?! Ohne Männer blieben uns schließlich Femizide und viel Gewalt erspart. Doch es geht um die patriarchale Zurichtung der Männer in unseren Gesellschaften, aus der viele leider ihren individuellen Profit ziehen.

Überall wird von Krieg geredet. Damit sollen wir uns an die Normalität des Krieges gewöhnen. Schleichend sickert der Krieg in unser Unterbewusstsein. Das ist kognitive Kriegsführung. Wir stecken mittendrin. Die patriarchale Macht hält sich u.a. mit Krieg über Wasser.

Kriege unterschiedlicher Intensität. Kriege im Sudan, der Ukraine, Kongo, Syrien, Mali, Jemen, Kurdistan finden z.T. mit Beteiligung der Bundeswehr statt oder mit deutschen Waffenlieferungen. Diese Kriege zertrümmern soziale Strukturen, Strukturen, in denen Frauen sich einen Raum an gesellschaftlicher Teilhabe erobert haben, brechen weg. Marodierende Männerbanden brutalisieren den Alltag und verhindern die Teilhabe der Frauen und Mädchen, der FLINTA am öffentlichen Leben, sie gehen nicht mehr auf die Straße, nicht in die Schule etc.

**„Der Krieg nach außen ist immer auch ein Krieg nach innen. Er fordert und fördert soziale Gewalt, Zerstörung, Ausgrenzung, Rassismus, Sexismus und vieles mehr.“**

Der Krieg des „demokratischen“ Westens intensiviert und zementiert diesen Ausschluss. Die Gewalt globalisiert sich, sie kommt zurück, mit traumatisierten gewalttätigen Soldaten, mit den geflüchteten Männern aus den Kriegsgebieten. Kein kriegsführender Staat übernimmt dafür die Verantwortung – alles dient der Logik patriarchalen Machterhalts und der Erschließung neuer Märkte. Der militärisch-industrielle Komplex nimmt weltweit an Bedeutung zu, Männergewalt wird darin gefördert als Soldat, als Privatarmist, als private Sicherheitskraft, als Polizist. Der Ausnahmezustand regiert in vielen Staaten des Westens. Wir wissen, dass damit eine Verrohung ziviler Strukturen einhergeht und die Gewalt an FLINTA zunimmt. Gewalt wird permanent reproduziert, in den Kriegen, im Alltag, in der patriarchalen Familienstruktur, in der Heteronormativität.

Gewalt erscheint auch in Form von Unsichtbarmachung. Dies ist zuletzt geschehen am Beispiel der Friedensstatue Dong Mai hier in Köln. Sie erinnerte an die hunderttausende Frauen und Mädchen aus dem Asien-Pazifik-Raum, die während des 2. Weltkrieges von Japan als Sexarbeiterinnen verklavt wurden. Sie stand 3 Monate vor dem NS-Dokumentationszentrum.

Mit allen Mitteln versuchte die japanische Regierung das zu verhindern. Die Stadt Köln spielte mit und versuchte die Aufstellung auf ein Privatgrundstück zu verschieben. Nur durch politischen Druck ist die Aufstellung im öffentlichen Raum für 3 Monate durchgesetzt worden. Krieg heißt Vergewaltigung und sexuelle Verklavung – scheinbar dürfen wir darauf nicht aufmerksam machen, weil das eine zentrale Kriegsstrategie ist und zur Kriegstüchtigkeit gehört.

**„Wir stellen uns gegen jeden Krieg. Krieg und Patriarchat sind eng verwoben. Unsere feministische Antwort lautet: Aufwiegelung und Verrat!“**

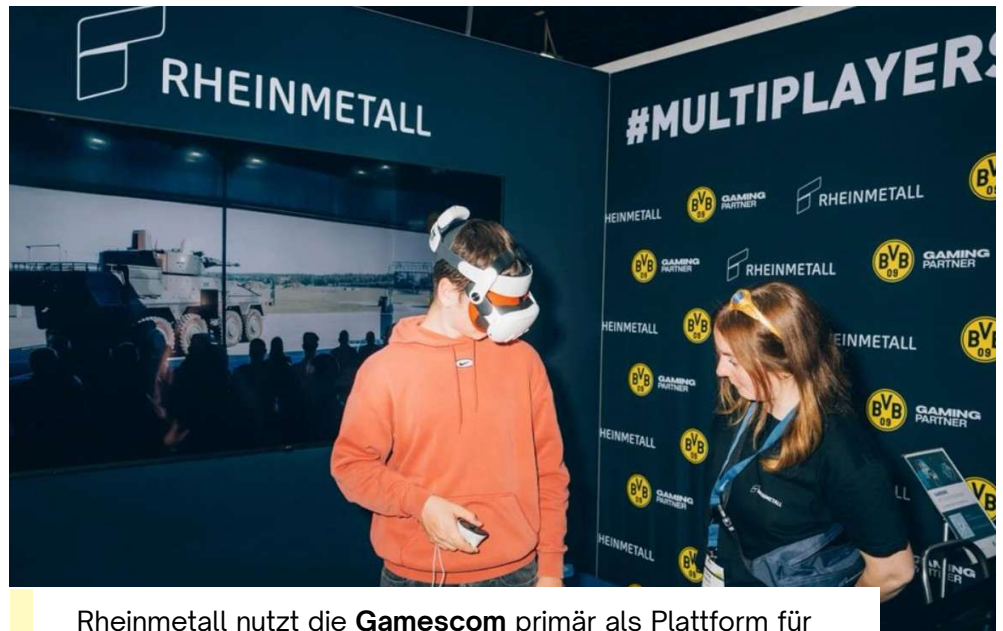
Weltweit kämpfen FLINTA in Afghanistan, Iran, Sudan, Türkei, Rojava, Syrien, Südafrika, Bangladesch, Indien, Tunesien, Togo, Zimbabwe, Argentinien, Kolumbien, Honduras, Ecuador usw. für ein gewaltfreies Leben in Würde. Sie sind unsere Hoffnung. Mit ihnen sind wir verbunden. Wir stellen uns gegen jeden Krieg. Krieg und Patriarchat sind eng verwoben. Unsere feministische Antwort lautet: Aufwiegelung und Verrat!

## Fortsetzung Seite 10

Wir wollen keine Kriegsertüchtigung und keine Wehrpflicht!

Kriegsuntüchtigkeit ist die unersetzliche Bedingung von Friedensfähigkeit! Kapitalismus braucht Krieg, wir stellen uns dem entgegen. Wir wollen keine Tech-Milliardäre und ihre politischen Handlanger, die uns ihre barbarische Ideologie von Fortschritt, Eugenik und Unsterblichkeit aufdrängen wollen, um ihr fettes Leben zu sichern! Wir überwinden die Politik der Feindkonstruktionen, der Spaltungen und des Ausnahmezustands! Wir setzen auf Empathie und den Schmerz der Anderen begreifen! Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die Sorge füreinander übernimmt!

Lasst uns im Gespräch bleiben, weiter zuhören, verstehen oder zumindest die andere Position aushalten und das antagonistische Denken, die Polaritäten überwinden. Wie Judith Butler formuliert: das Denken im Austausch und in der Irritation durch die Anderen ist wesentlich für das Eigene. Das verhindert Kriege.



Rheinmetall nutzt die **Gamescom** primär als Plattform für das **Personalmarketing** und die Nachwuchsgewinnung. Der Rüstungskonzern ist bereits für die kommende **Gamescom 2026** (25.–30. August) als Aussteller der Koelnmesse eingepflichtet.

## „Denn im Krieg gibt es keinen Respawn“

Von Anonymus

„Mehr Open World geht nicht!“ oder „Multiplayer at its best“: Was nach Werbung für ein neues Videospiel klingt, steht so tatsächlich auf Plakaten, die die Bundeswehr als Werbekampagne im Rahmen der Gamescom in Köln aufgehängt hat.

Dabei kopiert sie nicht nur spieltypische Sprache, sondern auch die Optik von Shootern wie *Call of Duty*. Die Bundeswehr will damit gezielt junge Leute ansprechen und hofft, dadurch mehr Rekrutinnen zu erhalten.

Auf der Gamescom selbst hat sie regelmäßig einen Stand, wo Soldatinnen in Uniform mit Simulatoren und anderen spielähnlichen Attraktionen die Besuchenden anlocken wollen.

2025 befand sich der Bundeswehr-Stand direkt gegenüber von Rheinmetall, einem Rüstungsunternehmen, das ebenfalls mit dem Look und Wording von Games für sich wirbt. Sie zeigten auf einer Posterwand verschiedene Karrierewege, wie z.B. „Crafter“, „Techie“, „Explorer“ oder „Commander“.

Aber es gab auch eine Gegenaktion: Die Deutsche Friedensgesellschaft informierte auf dem Messegelände vor der Gamescom über das, was Bundeswehr und Rüstungsindustrie gerne unsichtbar machen: Nämlich, dass Krieg grausam ist und viele darin sterben. Denn im Krieg gibt es keinen Respawn.

## Kriegsdienst verweigern! Gemeinsam untauglich werden!

Kommt  
zum Kongress

am 11. und 12. April in Kassel!

Die umfassende Militarisierung der Gesellschaft schreitet in atemberaubendem Tempo voran. Die Wiedereinführung des Wehrdienstes ist dabei eine wichtige Etappe. Deutschland soll wieder kriegstüchtig werden. Aber wir machen da nicht mit! Wir sind kriegsuntauglich!

Wir werden die Fragebögen zur Wehrrfassung schreddern und ihre neuen Musterungszentren belagern und untauglich machen. Lasst uns die Schulstreiks ausweiten und uns austauschen über die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung. Lasst uns gemeinsame Aktionen planen und groß gegen Wehrdienst und Wehrpflicht mobilisieren.

Alles das ist möglich und nötig, um die verheerende Aufrüstung und Militarisierung zu beenden. Sie führt uns nur in die Katastrophe wie sie es schon zweimal in Deutschland getan hat. Am 11. und 12. April auf dem Kongress „Kriegsdienst verweigern!“ werden wir über das alles und noch mehr beraten und dabei ganz praktisch erfahren, wozu wir gemeinsam in der Lage sind. Kommt zum Kongress, bringt euch ein, organisiert euch!

**Beginn: 11. April, 13 Uhr**

**Ende: 12. April, 15 Uhr**

**Ort: Stadtteilzentrum Vorderer Westen,  
Elfbuchenstr. 3, 34119 Kassel**

Der Kongress wird organisiert vom DFG-VK, Bündnis Rheinmetall entwarnen und der Roten Hilfe. **Die Teilnahme ist kostenlos! Anmeldung unter [kdv-kongress.dfg-vk.de](http://kdv-kongress.dfg-vk.de)**



Das Bündnis **Widersetzen** nutzt massenhaften zivilen Ungehorsam in Form von friedlichen Sitzblockaden, um rechte Veranstaltungen wie AfD-Parteitage physisch zu verhindern oder massiv zu stören. .

## Krieg & extreme Rechte: Wehrpflicht, Militarismus und Geschichtsbild

Von Jugendantifa 51103

In der Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht wirkt die Position der AfD auf den ersten Blick eindeutig: Teile der Partei sprechen sich gegen eine klassische allgemeine Wehrpflicht aus. Gleichzeitig fordert die Partei jedoch eine massive Stärkung der Bundeswehr, höhere Verteidigungsausgaben und eine stärkere Betonung nationaler „Wehrhaftigkeit“. Die Kritik der AfD an der Wehrpflicht richtet sich also nicht gegen die Militarisierung der Jugend, sondern daran das die Bundeswehr zu „woke“ – also zu liberal und frauenfreundlich sei.

### Faschismus und Militarismus – ein historischer Zusammenhang!

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass faschistische Bewegungen fast immer stark militaristisch geprägt waren. Ob im nationalsozialistischen Deutschland oder im faschistischen Italien – Militär, Disziplin, „Opferbereitschaft“ und nationale Stärke standen im Zentrum der Ideologie. Militarismus bedeutet dabei nicht nur eine starke Armee, sondern eine Gesellschaft, die militärische Werte wie Gehorsam, Härte und Hierarchie verherrlicht.

Historiker betonen, dass faschistische Ideologien Krieg und militärische Expansion häufig als legitime Mittel der Politik Ideologien. Führende AfD-Politiker fallen immer wieder durch Äußerungen zur deutschen Militärgeschichte auf, die eine Verherrlichung der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg erkennen lassen. So forderte schon vor Jahren Alexander Gauland: „Wir (haben) das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Auch das Bild vom „starken Staat“, der nach innen Ordnung und nach außen Stärke demonstriert, ist ein zentrales Element solcher faschistischen Ideologie.

### Wusstest du?

Jedes Jahr feiern tausende Nazis aus ganz Europa am sogenannten „Tag der Ehre“ in Budapest die Wehrmacht, Waffen-SS und das NS-Regime. Gleichzeitig läuft eine der größten Repressionswellen seit 1945 gegen Antifas aus Deutschland und Europa.. Maja kämpft in ungarischer Haft für ein faires Gerichtsverfahren in Deutschland, gleichzeitig laufen in Dresden und Düsseldorf Prozesse gegen Antifaschisten\*innen, denen vorgeworfen wird gegen Nazis in Budapest aktiv geworden zu sein.

Mehr Infos zur Unterstützung der inhaftierten Antifas findest du unter:

<https://bsg-nrw.org/>  
<https://www.basc.news/>  
<https://afaeurope.noblogs.org/>

Dabei beging die Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs systematische Kriegsverbrechen und war tief in den Holocaust verstrickt. Entgegen dem langjährigen Mythos der „sauberen Wehrmacht“ belegen historische Forschungen eine flächendeckende Beteiligung an Gräueltaten und millionenfachen Mord, insbesondere an der Ostfront. Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen, selbst ehemaliger Bundeswehroffizier, hat wiederholt eine stärkere Verherrlichung der Wehrmacht bei der Bundeswehr eingefordert.

Je nach Regierungskoalition könnten die Verbrechen der NS-Wehrmacht also bald zur „Traditionsquelle“ der Bundeswehr werden.

### Warum Antifaschismus und Antimilitarismus zusammengehören

Antifaschismus bedeutet, sich gegen Faschismus, Rassismus und Diktatur zu stellen. Antimilitarismus heißt, Krieg, Aufrüstung und militärische Gewalt abzulehnen. Doch warum gehören diese beiden Haltungen zusammen?

Die Geschichte zeigt: Der Faschismus in Deutschland führte einen Vernichtungskrieg in ganz Europa. Das nationalsozialistische Regime setzte auf Militarisierung, Aufrüstung und die Verherrlichung des Krieges. Ohne diese militärische Ideologie hätte es den Zweiten Weltkrieg und die damit verbundenen Millionen von Opfern nicht gegeben. Faschismus braucht Militarismus, um seine Ziele von Macht, Expansion und Unterdrückung durchzusetzen.

Ein wichtiges historisches Zeichen für diese Erkenntnis ist der Schwur von Buchenwald. Am 19. April 1945, kurz nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, legten die Überlebenden einen Schwur ab. Darin heißt es: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“* Dieser Schwur verbindet klar den Kampf gegen den Faschismus mit dem Ziel einer friedlichen Welt.

Wer also aus der Geschichte lernt, erkennt: Antifaschismus endet nicht beim Protest gegen rechte Ideologien. Er setzt sich auch dafür ein, dass nie wieder Krieg als Mittel der Politik akzeptiert wird. Antimilitarismus ist deshalb eine logische Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Faschismus. Gerade für uns als junge Generation bedeutet das, Verantwortung zu übernehmen: gegen Faschismus, Militarisierung und Krieg. Daher organisiert das Widersetzen Bündnis immer wieder Blockaden gegen die AfD-Parteitage.

**Komm auch du mit zu den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD in Erfurt vom 03.-05.07.2026.**

Mehr Infos: <https://widersetzen.com/>





Der etwa **zwölf Kilometer** lange und bis zu **sechs Meter** hohe Grenzzaun um die spanische Exklave Melilla bildet eine der wenigen Landgrenzen der EU zu Afrika.

## Krieg, Flucht und das Grenzregime

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung. Die meisten suchen Schutz in benachbarten Regionen. Von den 123 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, sind dies 73,5 Millionen Menschen innerhalb ihres Landes. Sudan, Syrien, Kolumbien und die Demokratische Republik Kongo stehen an der Spitze jener Staaten, die von Binnenflucht und -vertreibung betroffen sind. Suchst du Schutz in Europa, weil es vor Ort keine Überlebensperspektive für dich gibt, ist das nicht einfach. Denn Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen, Klimawandel und Perspektivlosigkeit werden als Grund für ein Asylgesuch in Deutschland gemäß Artikel 16a Grundgesetz nicht angenommen. Selbst wenn in deinem Land Krieg herrscht, hast du also nur eine Chance auf Anerkennung, wenn du über die allgemeine Gefahr für dein Leben hinaus eine konkrete persönliche Verfolgung oder Gefährdung durch den Krieg belegen kannst. Und verweigerst du den Kriegsdienst oder desertierst, etwa in der Ukraine oder in Russland, reicht das in Deutschland nicht unbedingt als ausreichender Asylgrund. Nur wenn du eine besonders hohe Bestrafung zu erwarten hast, weil du zu einer diskriminierten Gruppe gehörst, könnte Deutschland dies als Asylgrund anerkennen.

Fliehst du aus einem Kriegsgebiet wie dem Sudan, und willst zum Überleben nach Europa, um Schutz zu suchen, dann gibt es kaum legale Möglichkeiten der Einreise. Visabeschränkungen erlauben deine Einreise nur, falls du vermögend genug sein solltest. Du erhältst also gar keine Gelegenheit, Asyl in einem Europäischen Land zu beantragen, denn das kannst du nur vor Ort machen. Um Einreisen und damit Asylanträge zu verhindern, betreibt die Europäische Union eine umfangreiche Grenzsicherung, damit unerwünschte Menschen nicht einreisen.

Die Grenzen sind oft hohe, schwer gerüstete Anlagen mit Stacheldraht, Überwachungskameras und mehr. An anderen Stellen ist die Grenze weniger sichtbar - etwa auf dem Meer, wo Grenzüberwachung aus der Luft erfolgt und manchmal aus dem Nichts bewaffnete Einheiten auftauchen und dich zurückschaffen.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall liefert etwa Schützenpanzer, Nachtsichtgeräte und Wärmebildkameras an Staaten, um Flüchtende aufzuspüren. Der Konzern profitiert auf diese Weise nicht nur an Kriegen, sondern auch an der Auslagerung des Grenzregimes, also dem Schutz der EU-Außengrenzen in afrikanischen Ländern.

### Komitee für Grundrechte und Demokratie

[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

Instagram: <https://www.instagram.com/grundrechtekomitee/>



## Was ist anarchistischer Antimilitarismus?

Von FAU Köln

Krieg ist die extremste Form von Herrschaft über Menschen. Und seitdem es Kriege gibt, gibt es auch Menschen, die sich weigern, dafür zu sterben, zu töten oder zu gehorchen. Anarchistischer Antimilitarismus bedeutet mehr als nur „gegen Krieg“ zu sein. Er geht davon aus, dass Krieg kein Unfall ist. Er entsteht in einer Welt, in der Staaten ihre Macht sichern wollen, Unternehmen an Waffen verdienen und wir uns als Konkurrenten statt als Mitmenschen sehen. Wenn Märkte, Rohstoffe oder Einfluss umkämpft sind, wird aus wirtschaftlicher Konkurrenz schnell militärische Gewalt.

Im Militär wird sichtbar, was auch in der Schule, Ausbildung, Studium und am Arbeitsplatz als „vernünftig“ verkauft wird: Gehorsam, Disziplin und vor allem Chefs, deren Befehle man nicht zu hinterfragen darf! Menschen werden zu Zahlen, zu „Material“. Genau gegen diese Herrschaft von Menschen über Menschen richtet sich der Anarchismus – gegen Offiziere genauso wie gegen Chefs und Lehrer die meinen, ihnen gehört das Klassenzimmer. Kriege zerstören nicht nur Leben, sondern auch Städte, Natur und Klima. Während Milliarden in Aufrüstung fließen, fehlt Geld für Bildung, Gesundheit und Klimaschutz. Krieg bedeutet soziale Verarmung und ökologische Verwüstung. Doch Anarchistischer Antimilitarismus bleibt nicht bei Kritik stehen. Er setzt auf direkte Aktion: wenn Beschäftigte in Rüstungsbetrieben streiken, Waffenlieferungen blockiert oder Kriegsdienste verweigert werden.

Die Idee ist einfach: Ohne uns läuft nichts. Keine Produktion, kein Militär, kein Transport, kein Krieg. Anarchistischer Antimilitarismus heißt deshalb, die Ursachen anzugreifen: Kapitalismus, Nationalismus und Herrschaft. Gleichzeitig geht es darum, eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsform aufzubauen, in der nicht Profit, sondern das Wohlergehen aller Menschen im Mittelpunkt steht.



**Rede von Zey von Palestinians and Jews for Peace** verfasst für die "Rheinmetall Entwaffnen"-Demo im August 2025, aus dem Englischen übersetzt, editiert und aktualisiert im Februar 2026.

Über zwei Jahre wurde Gaza bombardiert, ausgehungert und dem Erdboden gleich gemacht. Über 70.000 Menschen haben ihr Leben und über hunderttausende ihre Gesundheit und ihr Zuhause verloren. Vielfach durch Waffen, die in Deutschland hergestellt wurden. Auch nach dem Inkrafttreten des sogenannten Waffenstillstandes in Gaza hat sich die Situation für Palästinenser\*innen nicht substantiell verbessert: Nach wie vor ist das Leben in Gaza ein täglicher Überlebenskampf, es fehlt am Nötigsten, Hunger und Krankheit sind verbreitet. Weiterhin gibt es beinahe täglich Angriffe der israelischen Armee und weiterhin leben die Menschen unter der Herrschaft der islamistischen Hamas.

Deutschland inszeniert sich unermüdlich als Stimme für Frieden und Menschenrechte, möchte aber von den Verletzungen des Waffenstillstandes seitens der israelischen Armee lieber nichts wissen. Während Deutschland Waffen liefert, Exportverträge unterzeichnet und Gewinne einfährt, sind die Leidtragenden weiterhin die Menschen in Gaza.

**Sagen wir es ganz klar: Es gibt keine Neutralität, wenn man mit Krieg Geld verdient. Jede Bombe, die auf Gaza fällt, jede Kugel in einem Flüchtlingslager, jeder Panzer, der über besetztes Land rollt daran ist Deutschland beteiligt.**

Rheinmetall ist daran beteiligt. Die politische Klasse dieses Landes ist daran beteiligt.

Inmitten all dieser Zerstörung sehen wir aber auch Mut und Hoffnung. Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen in Israel, die sich weigern, Militärdienst zu leisten. Kriegsdienstverweigerer, die nein sagen: Nein zur Besatzung, nein zum Krieg, nein zum Töten in ihrem Namen. Ihre Zahl wächst, trotz Verfolgung und Repression. Demonstrant\*innen blockieren Straßen, beteiligen sich an Streiks, fordern ein Ende des Tötens und Leidens in Gaza und wehren sich gegen die Annexionspläne in der Westbank.

**Diese Stimmen zeigen uns, dass Widerstand gegen den Krieg überall existiert. Sogar im Herzen des Militarismus.**

Und wir dürfen die mutigen Stimmen innerhalb Gazas selbst nicht vergessen. Menschen, die es trotz unvorstellbarer Risiken wagen, nicht nur gegen die Bomben zu protestieren, die vom Himmel regnen, sondern auch gegen die Hamas. Sie fordern Freiheit von allen Formen der Unterdrückung: von Besatzung, von Belagerung, von Patriarchat, von Militarismus, von religiösem Fundamentalismus.

Diese Proteste erinnern uns daran, dass Krieg nicht unvermeidbar ist. Besatzung und Militarismus sind nicht unvermeidbar. Das sind Entscheidungen; politische, profitable Entscheidungen. Und jede Entscheidung kann rückgängig gemacht werden.

Unser Kampf ist nicht weit weg. Er findet auch hier statt. Militarismus ist Teil unseres Alltags. In der Polizei, die Proteste unterdrückt. In der Überwachung von Migrant\*innen. In der Verherrlichung der Bundeswehr an Schulen und Jobmessen. In den Milliarden, die für Waffen ausgegeben werden, während Krankenhäuser und Kindergärten hier in Deutschland verfallen.

Wenn wir gegen Krieg kämpfen wollen, müssen wir auch gegen die Militarisierung unserer eigenen Gesellschaft kämpfen.

Als Feministinnen sagen wir: Krieg ist patriarchale Gewalt, die globalisiert wurde. Dieselbe Logik, die Frauen zum Schweigen zwingt, zwingt Nationen zum Gehorsam gegenüber dem Militarismus.

Als Antinationalist\*innen sagen wir: Keine Flagge ist das Leben eines Menschen wert

Als Antimilitarist\*innen sagen wir: Keine Armee, keine Waffe, kein Rheinmetall-Auftrag kann jemals Sicherheit bringen.

Und als Antifundamentalist\*innen sagen wir: Weder religiöser noch nationalistischer Extremismus wird jemanden befreien. Sie reproduzieren nur Unterdrückung und Tod.

Deshalb müssen wir klar über alle Realitäten sprechen: Über die Gräueltaten der Hamas genauso wie über die der israelischen Armee. Wir wissen, dass manche es vermeiden, den 7.10.23 zu erwähnen, das Nova-Festival und die Geiseln, weil sie befürchten, wie Netanjahu zu klingen, der ihr Leiden instrumentalisiert. Und manche vermeiden es, den Genozid in Gaza zu erwähnen, weil sie befürchten, wie die Hamas zu klingen, die das Leiden der Menschen in Gaza instrumentalisiert.

Aber wir möchten eines klarstellen: Das sind keine „Meinungen“. Man kann Meinungen zustimmen oder ihnen widersprechen. Aber die Tötung von Zivilisten in Gaza ist eine Tatsache. Die Vertreibung und Unterdrückung im Westjordanland ist eine Tatsache. Der Hass und die Gewalt der Hamas gegen jüdische Menschen sowie gegen palästinensische Dissident\*innen ist eine Tatsache. Fakten verlangen Anerkennung und Gerechtigkeit, egal wer versucht, sie für seine eigenen Machtinteressen zu verdrehen.

Dies ist kein Aufruf zur Neutralität, sondern ein Aufruf zur moralischen Klarheit. Denn wer sich wirklich Frieden wünscht muss anerkennen, dass Frieden Gerechtigkeit erfordert. Wir müssen die Gegensätze überwinden. Wir müssen die Sprache der radikalen Empathie sprechen.

Die Art von Empathie, die Gerechtigkeit fordert, nicht Schweigen. Die Art von Empathie, die Trauer zulässt, ohne sie in Hass zu verwandeln. Wir müssen Räume für den Dialog schaffen, nicht als Zeichen der Höflichkeit, sondern als Ausdruck der Verantwortlichkeit.

Wir müssen Narrative ablehnen, die Unterdrückung rechtfertigen, sei es durch staatliche Macht, militärische Gewalt oder ideologische Dogmen.

**Wir müssen uns gegen Systeme stellen, die das Leiden perpetuieren, gegen Siedlungen, gegen Belagerungen, gegen kollektive Bestrafung, gegen Terror in jeder Form.**



Ein zentraler Schulstreik gegen Wehrpflicht ist für den **5. März 2026** geplant, um ein Zeichen gegen Zwangsdienste zu setzen. Kölner Treffpunkt ist 11 Uhr Trankgasse.

## Schulstreik, Debatte, Repression – wohin geht die Bewegung?

Von Mia Blauel (Schulstreik gegen Wehrpflicht Köln)

Die Frage und die Aufgaben der Schüler\*innen, die sich am Schulstreik und in den entsprechenden Strukturen beteiligen, erschließen sich, wenn man die aktuelle politische Lage betrachtet. Besonders betroffen sind insbesondere Schüler\*innen, die durch die Einführung der neuen Wehrpflicht direkt in ihrer Lebensplanung eingeschränkt werden. Aus dieser Situation heraus haben die Schüler\*innen, die gegen die Wehrpflicht aktiv sind, verstanden, dass es nicht ausreicht, losse zu agieren: Um wirksam zu sein, muss man sich organisieren. Aus dieser Erkenntnis ist man nicht zu bestehenden Organisationen gegangen, sondern hat eine eigene Bewegung aufgebaut, die eine richtige Organisation geworden ist. Es gibt zentrale Komitees in den unterschiedlichen Städten, eine Vernetzung dieser unterschiedlichen Komitees, aktive Instagram-Accounts mit einer eigenen Bildsprache, eigenes Material, Leute, die mit den Medien reden, wieder andere, die Stände organisieren und mit Menschen reden, und es gibt Gelder, die verwaltet werden, um Material und Veranstaltungen zu finanzieren.

Die meisten Leute in diesen Komitees wissen, dass das, was sie tun, die Wehrpflicht nicht verhindern konnte. Schon vorher war klar, dass der Streik am 5. Dezember die Entscheidung der Politik nicht rückgängig machen würde. Trotzdem konnte erreicht werden, dass Aufmerksamkeit entsteht und Schüler\*innen eine Perspektive der politischen Selbstemanzipation bekommen. Aus diesem Impuls heraus beginnt nun der Versuch, eine aktive Strategie zu entwickeln.

Der nächste Streik findet am 5. März statt. Ob der kommende Streik die Größe des vorherigen erreichen wird, ist derzeit offen.

Durch ergänzende Initiativen wie Streik-Cafés, Diskussionen zur Wehrdienstverweigerung, Proteste gegen Auftritte von Soldaten an Schulen sowie Infostände soll jedoch nicht allein mobilisiert, sondern eine kontinuierliche politische Organisation unter Jugendlichen aufgebaut und der Widerstand gegen Wehrpflicht und den Staatsapparat mobilisiert werden.

**Schüler\*innen müssen sich auch fragen, ob sie nur gegen die Wehrpflicht sind, weil sie das private Leben angreift, während die Bundeswehr als Institution akzeptiert wird, oder ob der Militarismus selbst das Problem ist.**

Zentrale Auseinandersetzungen betreffen zudem die Bündnispolitik: Nach welchen Kriterien sollen Kooperationen eingegangen werden, und welche politische Perspektive soll die Bewegung prägen – eine sozialistische, kommunistische oder eine breiter gefasste antimilitaristische Ausrichtung? In diesen Punkten unterscheiden sich die verschiedenen Wehrpflicht- und Schulstreikgruppen stark.

Langfristig müssen sich die Schulstreikkomitees darauf einstellen, dass die Politik auf diese unabhängigen Strukturen mit Repressionen reagieren wird, da sie den staatlichen Interessen zuwiderlaufen. Die Streiks wurden bisher an einigen Orten akzeptiert, aber wenn die Schüler\*innen aktiv Widerstand leisten und Wehrdienst verweigern, wird die politische Reaktion nicht mehr so freundlich sein. Die Bewegung muss daher nicht nur kurzfristige Aufmerksamkeit erzeugen, sondern langfristig politische Bildung, Vernetzung und eine Perspektive der Selbstermächtigung der Jugendlichen schaffen.

## „Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!“

Auf ihrer Vollversammlung am 24. Januar 2026 haben die Vertrauensleute der IG Metall bei den Ford-Werken in Köln die Erklärung **„Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!“** beschlossen. Mit diesem Beschluss positioniert sich der Vertrauenskörper deutlich gegen die Umstellung ziviler Industrien auf Rüstungsproduktion.

Der IG Metall Vertrauenskörper der Ford-Werke in Köln schaut mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmenden Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen.

Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen „Notstand“ ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung. Im „Kriegsfall“ kommt laut „Arbeitssicherstellungsgesetz“ (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten aller Berufsgruppen hinzu.

In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig auch unsere Kinder in Kriege zu schicken.

**Diese Entwicklung machen wir nicht mit!**

Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen.

Unterstreichen wir unsere Losung „Kampf um jeden Arbeitsplatz!“ und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ein. (Satzung unter §2 „Aufgaben und Ziele der IG Metall“.)

Und wir rufen den IG Metall Vorstand und alle Mitglieder auf:

**Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!**

# Wehrdienst Fragebogen – Was tun?

# Sand im Getriebe des Militarismus!

Ab Anfang 2026 erhalten alle jungen Menschen, die 18 Jahre alt geworden sind, Post von der Bundeswehr. Darin enthalten ist die Aufforderung, eine Bereitschaftserklärung für den Dienst in der Armee abzugeben – dabei handelt es sich um einen Fragebogen. Dieser soll von den Angesprochenen online ausgefüllt werden.

## Wie sollst Du damit umgehen?

Das erste Anschreiben kannst du getrost ignorieren (oder öffentlichkeitswirksam schreddern). Wenn die Bundeswehr keine Antwort von dir erhalten hat, schickst sie dir nach vier Wochen eine Erinnerung per Einschreiben. Wenn du dies ebenfalls ignorierst oder den Online-Fragebogen dann fehlerhaft oder nur unvollständig beantwortest, droht ein Bußgeld wegen Ordnungswidrigkeit. Wie hoch das ausfallen wird, ist noch nicht klar.

## Interesse „0“

Wenn du den Fragebogen ausfüllst, solltest du deutlich machen, dass du für den Dienst an der Waffe nicht zur Verfügung stehst – auf einer Skala von 0 bis 10 kannst Du Dein Interesse angeben:



## Wir empfehlen „0“!

Außerdem gibt es Fragen zu deiner Fitness und ob Du eine Schwerbehinderung hast. Beantworte die Fragen wahrheitsgemäß, aber sei dir bewusst: Wenn du nicht zur Bundeswehr möchtest, ist es natürlich gut für das Militär unattraktiv zu sein. Wie Du Deine Fitness einschätzt, ist ja Deine Sache.

## Mach da nicht mit! Sei Sand im Getriebe des Militarismus!

Den Fragebogen möglichst lange nicht beantworten (oder ganz schreddern <Achtung: Bußgeld>) ist dazu ein Beitrag..

**Achtung:** Wenn Du auf Nummer sicher gehen willst und auch im Falle einer später kommenden Wehrpflicht nicht von der Bundeswehr einberufen werden willst, kannst Du schon jetzt den Kriegsdienst verweigern.

Von DFG VK Köln

## Beratungsstellen zur Kriegsdienstverweigerung:

## Initiativen gegen Militarismus & Krieg:

### Linksrheinisch:

#### Beratungstermine:

an jedem 1. Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr;  
an jedem 4. Donnerstag im Monat um 17.00 Uhr

im DFG-VK-Büro im  
Friedensbildungswerk, Obenmarspforten  
7-11, 50667 Köln

Wir bitten um kurze Anmeldung  
an [verweigern@friedenkoeln.de](mailto:verweigern@friedenkoeln.de)

### Rechtsrheinisch:

#### Beratungstermine:

Dienstags von 17 bis 19 Uhr in der  
Gremberger Straße 42, 51105 Köln  
statt.

Kontakt: [kontakt@kalksolidarisch.org](mailto:kontakt@kalksolidarisch.org)

Aufruf 70+: [info@aufruf70.de](mailto:info@aufruf70.de)

Deutsche Friedensgesellschaft –  
Vereinigte Kriegsdienst-gegnerinnen e.V.  
(DFG-VK Köln): [kontakt@friedenkoeln.de](mailto:kontakt@friedenkoeln.de)  
Web: <https://www.friedenkoeln.de/>

Freie ArbeiterInnen Union (FAU) Köln:  
[koeln-gewerkschaft@fau.org](mailto:koeln-gewerkschaft@fau.org)  
Web: [koeln.fau.org/](http://koeln.fau.org/)

Friedensforum Köln:  
[kontakt@koelner-friedensforum.org](mailto:kontakt@koelner-friedensforum.org)  
Web: [koelner-friedensforum.org/](http://koelner-friedensforum.org/)

Grundrechtekomitee:  
[info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)  
Web: [www.grundrechtekomitee.de/](http://www.grundrechtekomitee.de/)

Interventionistische Linke Köln:  
[koeln@interventionistische-linke.org](mailto:koeln@interventionistische-linke.org)  
Web: [il-koeln.org/](http://il-koeln.org/)

Kalksolidarisch (Stadtteilgewerkschaft):  
[kontakt@kalksolidarisch.org](mailto:kontakt@kalksolidarisch.org)  
Web: [www.kalksolidarisch.org/](http://www.kalksolidarisch.org/)

Linksjugend [´solid]:  
[info@linksjugend.koeln](mailto:info@linksjugend.koeln)  
Web: [linksjugend.koeln/](http://linksjugend.koeln/)

Palestinians and Jews for Peace:  
[palestiniansandjewsforpeace@riseup.net](mailto:palestiniansandjewsforpeace@riseup.net)  
Web:  
[palestiniansandjewsforpeace.wordpress.com/](http://palestiniansandjewsforpeace.wordpress.com/)

Schulstreik gegen Wehrpflicht Köln:  
Web:  
[www.instagram.com/schulstreik\\_koeln/](http://www.instagram.com/schulstreik_koeln/)

Subversive Theorie:  
[mail@subversive-theorie.de](mailto:mail@subversive-theorie.de)  
Web: [subversive-theorie.de](http://subversive-theorie.de)

Rheinmetall entwaffnen:  
Web: [rheinmetallentwaffnen.noblogs.org](http://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org)